

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
---------------	---

Teil 1

Die rechtlichen Grundlagen

I. Die verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Verfahrenspflegschaft	15
II. Die gesetzlichen Regelungen durch die große Reform 1992	16
1. Ein erster Paradigmenwechsel	16
2. Die Verfahrensfähigkeit	16
3. Fehlende Verfahrensfähigkeit auf der tatsächlichen Ebene	17
III. Die Rechtsentwicklung seit 1992	18
IV. Die Auswirkung der UN-Behindertenrechtskonvention	19
1. Ein weiterer Paradigmenwechsel	19
2. Die Konvention hat in Artikel 12 zwei generelle Aussagen:	19
3. Die unterstützte Entscheidungsfindung	20
4. Auswirkung auf die Verfahrenspflegschaft	21
V. Die Reform des FGG	21
1. Entwicklung	21
2. Änderung der Rechtsstellung des Verfahrenspflegers nur im Referentenentwurf	22
3. Beispiel Verfahrensbeistand	22
4. Die Rechtsprechung änderte dann die Rechtsstellung!	23
5. Neue Probleme in der Praxis	23
VI. Die Anwendungsprobleme in der Praxis	24
VII. Die neue Reform des Betreuungsrechts 2023	25
1. Gründe für eine neue Reform	25
2. Die „Magna Carta“ des Betreuungsrechts (§ 1821 BGB)	25
3. Kleine Reformen des Verfahrensrechts	27
VIII. Die Ergänzungen in den §§ 276 und 317 FamFG	27
1. Geeignete Verfahrenspfleger	28
2. Nur natürliche Personen als Verfahrenspfleger	29
3. Verfahrenspflegerbestellung im Regelfall	29
4. Kein gesetzlicher Vertreter	30

IX.	Die Voraussetzungen für die Bestellung eines Verfahrenspflegers	30
	1. Rechtliches Gehör vor Bestellung	30
	2. Neue Hinweispflicht des Betreuungsgerichts	30
	3. Sind nur Rechtsanwälte „geeignet“?	31
	4. Der Erforderlichkeitsgrundsatz	31
	5. Wahrnehmung der „Interessen“	32
	6. Die Erforderlichkeit der Bestellung eines Verfahrenspflegers „im Regelfall“	33
	7. Die Erforderlichkeit nach § 317 FamFG in Unterbringungssachen	35
	8. Weitere zwingende Fälle einer Verfahrenspflegerbestellung	35
	9. Die Ausnahmen	36
X.	Der Bestellungsakt	38
	1. Eine unanfechtbare Zwischenentscheidung	38
	2. Formlose Bestellung durch „Verfügung“ des Gerichts	38
	3. Wirksamkeit der Bestellung	39
	4. Beiordnung eines Rechtsanwaltes mit Verfahrenskostenhilfe	39
XI.	Die Rechtsstellung und Rechtsmacht des Verfahrenspflegers	39
	1. Rechtsstellung: kein gesetzlicher Vertreter	39
	2. Rechtsmacht: Umfang der rechtlichen Befugnisse	40
	3. Die Verfahrensrechte	41
	4. Problem: Zugang von Verfahrensdaten zum Zwecke des Rechtliches Gehörs	41
XII.	Die Aufgaben des Verfahrenspflegers	42
	1. Die Wahrnehmung der Interessen des Betroffenen	42
	2. Wünschen, ersatzweise dem mutmaßlichen Willen Geltung verschaffen	43
	3. „Geltung verschaffen“	44
	4. Widersprechende Verfahrenshandlungen	44
	5. Informationspflichten und Pflicht zur Unterstützung	45
	6. Vermittlung von Verfahrensdaten für das rechtliche Gehör in bestimmten Fällen	46
	7. Wirksamkeit von gerichtlichen Entscheidungen in besonderen Fällen	47
	8. Kommunikationsprobleme mit dem Betroffenen	48
	9. Das Erstgespräch	48
XIII.	Dauer der Verfahrenspflegschaft	49
XIV.	Rechte des Verfahrenspflegers gegenüber dem Gericht	49
XV.	Hilfsmöglichkeiten für Verfahrenspfleger	50
XVI.	Haftung des Verfahrenspflegers	50

XVII. Aufwendungsersatz und Vergütung des Verfahrenspflegers	51
XVIII. Das Rechtsmittelsystem	52
1. Beschwerde	52
2. Die sofortige Erinnerung	53
3. Rechtsbeschwerde	53
4. Sprungrechtsbeschwerde	54
5. Verfassungsbeschwerde und Feststellung der Rechtswidrigkeit	54
6. Verzicht auf Rechtsmittel	54
7. Form der Rechtsmitteleinlegung	54
XIX. Anforderungen an Verfahrenspfleger	55
1. Allgemeine Anforderungen	55
2. Persönliche Kompetenzen	56
3. Der Pflichtenkatalog	57

Teil 2 Das Verfahren in Betreuungssachen

I. Allgemeines	61
II. Der typische Verfahrensablauf	61

Teil 3 Verfahren die Betreuung betreffend (für die Personensorge)

I. Das Verfahren zur Betreuerbestellung	63
1. Voraussetzungen, § 1814 BGB	63
2. Beginn des Verfahrens	68
3. Erste Tätigkeit des Verfahrenspflegers	68
4. Der Sozialbericht der Betreuungsbehörde	69
5. Das ärztliche Gutachten	70
6. Die persönliche Anhörung durch das Betreuungsgericht	70
7. Umfang der Betreuung	71
8. Die typischen Aufgabengebiete	73
9. Vorführung zur Untersuchung und zur persönlichen Anhörung	74
10. Entscheidung des Betreuungsgerichts	75
11. Amtsende des Verfahrenspflegers	76
12. Sonderfall: Die Bestellung eines Kontrollbetreuers	76
13. Sonderfall: Vorläufige Betreuerbestellung	77

II.	Das Verfahren zur Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts	77
	1. Eingriff in die Selbstbestimmung	77
	2. Die Voraussetzungen	78
	3. Rechtsfolge einer Anordnung	79
	4. Die Verweise im Absatz 1 und ihre Wirkung in der Praxis	79
	5. Grenzen des Einwilligungsvorbehalts	79
	6. Verfahrensgang	80
III.	Die Verfahren zum Freiheitsentzug	82
	1. Eingriff in das Freiheitsrecht (Artikel 2 Grundgesetz)	82
	2. Drei Maßnahmen im Gesetz	82
	3. Voraussetzungen für Unterbringungsmaßnahmen	83
IV.	Das Verfahren zur Unterbringung (§ 1831 Absatz 1 Nr. 1 BGB; wegen Selbstgefährdung)	84
	1. Beginn des Verfahrens	84
	2. Das ärztliche Gutachten	84
	3. Die persönliche Anhörung	85
	4. Die Entscheidung des Gerichts	86
V.	Verfahren zur Unterbringung (§ 1831 Absatz 1 Nr. 2 BGB, zum Zwecke einer zwangsweisen ärztlichen Untersuchung oder Behandlung)	87
	1. Antrag	87
	2. Zwingende Verfahrenspflegerbestellung	87
	3. Die besonderen Voraussetzungen gem. § 1832 BGB	87
	4. Das ärztliche Gutachten	90
	5. Die persönliche Anhörung	90
VI.	Das Verfahren für freiheitsentziehende Maßnahmen (§ 1831 Absatz 4 BGB; „Bettgitter & Co.“)	91
	1. Typische Anlässe in der Praxis	91
	2. Voraussetzungen für eine gerichtliche Genehmigung	92
	3. Entsprechende Anwendung für Bevollmächtigte und Ehegatten	92
	4. Antragsanforderungen	92
	5. Bestellung eines Verfahrenspflegers, Aufgabe	92
	6. Das ärztliche Zeugnis	93
	7. Die persönliche Anhörung	93
	8. Der „Werdenfelser Weg“	93
	9. Varianten des „Werdenfelser Weges“	94

10. Einigkeit im Verfahrensablauf	94
11. Alternativen zur Freiheitsentziehung	94
VII. Das Verfahren zur Genehmigung ärztlicher Maßnahmen (§ 1829 BGB)	95
1. Die Anwendungsfälle	95
2. Maßstab für die Einwilligung, die Verweigerung der Einwilligung oder Widerruf einer Einwilligung	96
3. Verfahrenspfleger	96
4. Sachverständiger und Gutachten	97
5. Die persönliche Anhörung und Entscheidung	97
VIII. Verfahren zur Sterilisation (§ 1830 BGB)	98
1. Ein schwerwiegender Eingriff	98
2. Voraussetzungen	98
3. Das Verfahren	99
4. Die Genehmigung	100
IX. Weitere Verfahren die Betreuerbestellung betreffend	101
1. Verfahren zur Verlängerung der Betreuung	101
2. Verfahren zur Erweiterung des Umfanges der Betreuung	101
3. Verfahren zur Entlassung des Betreuers und bei einer Neubestellung	101
4. Verfahren zur Aufhebung der Betreuung	102

Teil 4

Verfahren die Betreuung betreffend (für die Vermögenssorge)

I. Genehmigungsverfahren Grundstücke und Grundstücksrechte betreffend	103
1. Verkauf eines Grundstückes des Betreten	103
2. Verfügung über ein Recht an einem Grundstück	104
a) Grundschulden	104
b) Dingliche Nutzungsrechte	104
c) Wesen des Wohnrechts	105
d) Wesen des Wohnungsrechts	105
e) Fremdnutzung	105
3. Verfügung über den Rang eines Rechtes am Grundstück des Betreten	106
4. Verfügung über den Bestand und Inhalt eines Altenteilrechtes	107
a) Rechtliche Einordnung des Inhaltes eines Altenteilvertrages	108
b) Haftung des Grundstückes	109
c) Haftung des Eigentümers persönlich	109
d) Sicherheit nur bei guter Rangstelle	109

e)	Berechnung der Ersatzwerte	110
f)	Konflikte bei Pflege nach dem Pflegeversicherungsgesetz	110
g)	Wegfall der Geschäftsgrundlage	111
h)	Landesrecht	111
II.	Genehmigungsverfahren erbrechtliche Rechtsgeschäfte betreffend (§ 1831 BGB)	111
1.	Der Betreute als Erbe	111
a)	Annahme der Erbschaft	111
b)	Ausschlagung der Erbschaft	112
c)	Verkauf des Erbanteils	112
d)	Abschichtungsvereinbarung	112
e)	Die Erbauseinandersetzung	112
2.	Der Betreute ist ganz oder teilweise enterbt	113
a)	Ausschlagung eines Vermächtnisses	113
b)	Geltendmachung eines Pflichtteilsrechtes	113
c)	Verzicht auf den Pflichtteil	113
d)	Weitere Verfahren	114
III.	Genehmigungsverfahren handels- und gesellschafts- rechtliche Rechtsgeschäfte betreffend (§ 1852 BGB)	114
IV.	Die Aufgabe von Wohnraum des Betreuten (§ 1833 BGB)	114
1.	Die Praxis	114
2.	Schutz des letzten Lebensmittelpunktes	115
3.	Die neue Generalregel zu den Voraussetzungen in § 1833 Absatz 1 BGB	115
4.	Die verschiedenen Möglichkeiten einer Wohnraumaufgabe	116
5.	Die Bestellung eines Verfahrenspflegers	118
V.	Sonstige Genehmigungsverfahren zur Vermögenssorge	119
1.	Verfügung über Forderungen und Rechte (§ 1849 BGB)	119
a)	Gesetzesmotive	119
b)	Anwendungsfälle	119
2.	Andersartige Geldanlage (§ 1848 BGB)	120
3.	Kreditaufnahme (§ 1854 Nr. 2 BGB)	121
4.	Schenkung oder unentgeltliche Zuwendung (§ 1854 Nr. 8 BGB)	121
VI.	Vergütungsfestsetzung gegen das Vermögen des Betreuten	122
1.	Berufsbetreuer/Vereine für Vereinsbetreuer	122
2.	Festsetzung einer Vergütung für einen ehrenamtlichen Betreuer	123
VII.	Genehmigung bei Widerruf einer Vorsorgevollmacht	123

Teil 5

Anhang – Exkurse

I.	Exkurs: Demenz	125
II.	Exkurs: Psychosen	126

Teil 6

Muster für den gerichtlichen Schriftverkehr

I.	Allgemeines	128
II.	Schriftverkehr im Verfahren der Betreuerbestellung	129
	1. Antrag auf Ablehnung der Betreuerbestellung	129
	2. Antrag auf Einschränkung der Aufgabenkreise	131
	3. Antrag auf Bestellung eines Berufsbetreuers	132
	4. Einlegung einer Beschwerde gegen die erfolgte Betreuerbestellung	133
III.	Stellungnahmen im Genehmigungsverfahren	134
	1. Stellungnahme zur geschlossenen Unterbringung	134
	2. Stellungnahme zu freiheitsentziehenden Maßnahmen (Bettgitter)	135
	3. Stellungnahmen zum beabsichtigten Behandlungsabbruch	137
	3.1 Antrag auf Ablehnung der Genehmigung bei fehlender Patientenverfügung	137
	3.2 Zustimmung zur Genehmigung bei vorhandener Patientenverfügung	138
	3.3 Zustimmung zur Genehmigung bei fehlender Patientenverfügung	138
	3.4 Beitritt zur Versagung der Genehmigung bei vorliegender Patientenverfügung	140
	4. Stellungnahme im Sterilisationsverfahren – Antrag auf Ablehnung der Genehmigung	141
	5. Stellungnahme zum Grundstücksverkauf	142
	5.1 Verweigerung der Zustimmung	142
	5.2 Erteilung der Zustimmung	143
	6. Stellungnahme zur Erbauseinandersetzung	144
	7. Stellungnahme zur Zwangsbehandlung	145
IV.	Vergütung und Aufwendungsersatz	146
	1. Antrag auf Aufwendungsersatz bei ehrenamtlich geführter Verfahrenspflegschaft	146
	2. Antrag auf Vergütung und Aufwendungsersatz bei berufsmäßig geführter Verfahrenspflegschaft	147

Anhang – Texte

I.	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	148
II.	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	149
III.	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) ..	178
IV.	Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG)	204
	Stichwortverzeichnis	215